



Aktuellen Krisen begegnen – ohne den Blick für andere Herausforderungen zu verlieren

**Liebe Lehrerinnen und Lehrer,
liebe Schülerinnen und Schüler,
liebe Eltern!**

Die Krisen geben sich nicht mehr nur die Klinke in die Hand, sie verstärken sich gegenseitig. Die Pandemie ist nicht vorbei und gleichzeitig haben die Einschränkungen der vergangenen beiden Jahre bereits erhebliche Spuren hinterlassen, die aufgefangen werden müssen. Wie sehr sich die Klimakrise verschärft hat, zeigt der erneut zu heiße, dürre Sommer in diesem Jahr. Und hinzu kommt Krieg in Europa, der uns humanitär und wirtschaftlich herausfordert. Die Krisen bedrohen unsere Lebensgrundlagen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Existenz vieler Menschen und erfordern enorme finanzielle Anstrengungen des Staates. Auch vor den Schulen machen diese Krisen

keinen Halt. Nachdem der Schulbetrieb in den vergangenen beiden Schuljahren stark eingeschränkt war und viele Schüler*innen zusätzliche Unterstützung benötigen, stellt die Aufnahme ukrainischer Schüler*innen die Schulen vor neue Herausforderungen. In Hessen sind bereits über 13.000 ukrainische Schüler*innen in Intensivklassen aufgenommen worden – Tendenz steigend. Viele von ihnen sind dauerhaft gehindert, in ihre Heimat zurückzukehren oder haben alles verloren. Es ist daher unser Anspruch, uns so gut wie möglich für ihre schulische Bildung einzusetzen. Denn Bildung ist der Schlüssel zur Integration.

Zusätzliche Mittel trotz hoher Belastungen

Obwohl die finanziellen Belastungen des Staates bereits erheblich sind, ist für uns klar, dass die Schulen angesichts dieser Herausforderungen mit zusätzlichen Mitteln unterstützt werden müssen. Mit dem Corona-Aufholprogramm Löwenstark stehen den hessischen Schulen im neuen Schuljahr erneut Ressourcen zur Verfügung, um Fördermaßnahmen anzubieten. Und wir wollen einen weiteren Stellenaufwuchs für Lehrkräfte und die Schulsozialarbeit finanzieren. Wir beschäftigen uns aber nicht nur mit Krisenbewältigung, sondern arbeiten

weiter an unseren bildungspolitischen Vorhaben: In diesem Schuljahr treten zahlreiche Modernisierungen in der Lehrkräftebildung in Kraft (s. Rückseite) und mit dem neuen Schulgesetz wird die Ganztags-schulentwicklung gestärkt. Mit dem Programm ‚Pakt für den Ganztag‘ wird den steigenden Bedarfen im Grundschulbereich Rechnung getragen (s. Innenseite). Zudem wird ein Modellversuch zur festen Zuweisung von Förderschullehrkräften an allgemeinbildende Schulen gestartet und mit dem Schulversuch Türkisch das Fremdsprachenangebot schrittweise ausgeweitet (s. Innenseite). Die aktuellen Belastungen sind auch im Schulbetrieb groß. Wir setzen uns dafür ein, dass unseren Schulen die nötigen Instrumente und Ressourcen zur Verfügung stehen. Klar ist aber auch, dass vieles ohne das große Engagement aller an Schule Beteiligten vor Ort nicht möglich wäre. Deswegen möchte ich an dieser Stelle ein großes Dankeschön an Sie aussprechen und wünsche Ihnen einen guten Start ins neue Schuljahr!

Beste Grüße

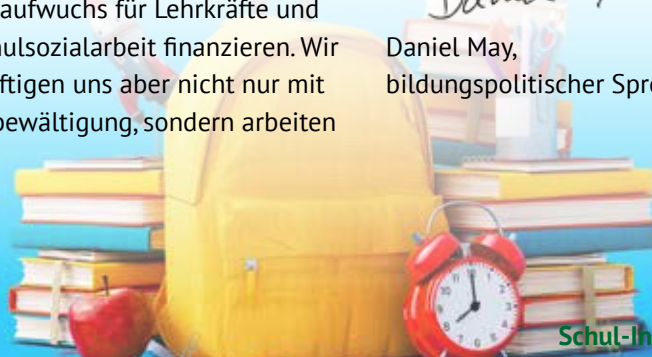
A handwritten signature in black ink that reads "Daniel May".

Daniel May,
bildungspolitischer Sprecher

Daniel May



Sprecher für Bildung
0611 / 350 794
d.may@ltg.hessen.de
www.daniel-may.de



Chancengerechtere Bildung im Ganztag

Die Umsetzung eines Ganztagsangebots für Schüler*innen im Grundschulalter ist für uns ein wichtiger Baustein zur Verbesserung von Bildungs- und Chancengerechtigkeit sowie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der vom Bund verabschiedete

Kathrin Anders



Sprecherin für frühkindl. Bildung und Grundschulen

0611 / 350 785

k.anders@ltg.hessen.de
www.kathrinanders.de

Rechtsanspruch für Ganztagsbetreuung in der Grundschule gründet auf dem gleichen Modell wie der Pakt für den Nachmittag, der von uns GRÜNEN in Hessen bereits 2013 initiiert wurde. Seit dem Schuljahr 2015/16 gibt es mit dem Pakt somit ein Landesprogramm, um gemeinsam mit den Kommunen ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot an Grundschulen an fünf Tagen in der Woche von 7.30 bis 17.00 Uhr sicherzustellen. Damit stehen an unseren Grundschulen bereits rund 80.000 Plätze zur Verfügung.

Neue Möglichkeiten

Mit der geplanten Novelle des Hessischen Schulgesetzes gewinnen die Schulträger zudem neue Möglichkeiten, das Angebot vor Ort



über den Schulentwicklungsplan zu steuern. Mit diesen Instrumenten ist das Land auf einem guten Weg, den Rechtsanspruch gemeinsam mit den Kommunen weiter konsequent voranzutreiben. Bis zur vollständigen Umsetzung ab dem Schuljahr 2029/2030 werden in Hessen schätzungsweise jährlich rund 7.000 zusätzliche Plätze für Kinder im Grundschulalter benötigt. Hierfür werden wir die nötigen zusätzlichen Stellen schaffen.

Feste Zuweisung von Förderschullehrkräften für den inklusiven Unterricht

Wir GRÜNE wollen eine inklusive Gesellschaft mit gleichen Lebenschancen und gleichberechtigter Teilhabe für Menschen mit und ohne Behinderung. Der schulischen Inklusion kommt hierbei eine entscheidende Bedeutung zu.

Ausweitung des Projekts

Bereits in den inklusiven Schulbündnissen wird das Ziel verfolgt, dass Förderlehrkräfte möglichst mit vollem Stundendeputat an einer allgemeinbildenden Schule tätig sind. Dieser Grundgedanke wird fortgeführt, indem Grundschulen seit dem Schuljahr 2020/2021 die Möglichkeit haben, pro 250 Schüler*innen eine

Förderpädagog*innen-Stelle fest zugewiesen zu bekommen. Nach erfolgreicher Evaluation wird die Maßnahme im neuen Schuljahr nun im Rahmen eines Pilotprojekts auf zunächst 19 weiterführende Schulen verschiedener Schulformen ausgeweitet.

Multiprofessionelle Teams

Durch die Zuweisung werden die Förderschullehrkräfte Mitglieder der Kollegien an den allgemeinbildenden Schulen – das stärkt die Entwicklung hin zu mehr inklusiver Beschulung und Arbeit in multiprofessionellen Teams, von denen alle Schüler*innen profitieren. Die

fachliche Anbindung an das jeweilige regionale Beratungs- und Förderzentrum bleibt selbstverständlich weiter bestehen. Hierfür erhalten die Förderschullehrkräfte eine Deputatsreduktion von einer Stunde.

Silvia Brünnel



Sprecherin für pol. Bildung

0611 / 350 782

s.bruennel@ltg.hessen.de
www.silviabruennel.de

Chancen der Digitalisierung nutzen

Die Digitalisierung von Schule bietet große Chancen, die Bildungspotenziale aller Schüler*innen besser zu fördern. Die technische Anbindung und Ausstattung ist hierbei eine Grundvoraussetzung und wird im Rahmen des Digitalpakts Schule und seiner Zusatzprogramme massiv vorangetrieben. Gleichzeitig ist die technische Ausstattung von Schule für uns kein Selbstzweck, sondern muss einem pädagogischen Nutzen dienen. Digitale Mündigkeit und die Förderung des Einzelnen stehen



für uns im Vordergrund. Deswegen wurden die Fortbildungsmittel der Schulen verdoppelt und entsprechende Fortbildungsangebote der hessischen Lehrkräfteakademie auf 2000 Angebote pro Jahr massiv ausgebaut.

Medienbildung und Digitalisierung

Im novellierten Hessischen Lehrkräftebildungsgesetz wurde das Thema Medienbildung und Digitalisierung als Querschnittsthema in allen drei Phasen der Lehrkräftebildung verbindlich verankert. Mit der Entwicklungsmöglichkeit zu Zentren für digitale Unterrichtspraxis im Rahmen des Programms Pädagogisch Selbstständige Schule erhalten Schulen zudem mehr Freiheiten zur

Erprobung neuer Unterrichtsformen. Neben der querschnittartigen Berücksichtigung in allen Schulfächern erwarten wir uns auch vom neuen Schulversuch „Digitale Welt“ wertvolle Impulse für die didaktische Weiterentwicklung der digitalen und informationstechnischen Bildung in Hessen.

Frank Diefenbach



Sprecher für weiterf. Schulen

0611 / 350 785

f.diefenbach@ltg.hessen.de
www.diefenbach-gruene.de

Türkisch als Fremdsprache an Hessischen Schulen

Das Beherrschen mehrerer Sprachen stellt eine gewinnbringende Fähigkeit in unserer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft und globalisierten Welt dar. Deswegen wird das Fremdsprachenangebot in Hessen kontinuierlich erweitert. Nachdem im letzten Jahr beschlossen wurde, Arabisch, Portugiesisch, Chinesisch und Polnisch als 2. und 3. Fremdsprachen einzuführen, startet ab diesem Schuljahr auch ein Schulversuch mit Türkisch als Fremdsprache.

Regulär ab dem Schuljahr 2024/2025

Das Fach wird zunächst an der Georg-August-Zinn-Europaschule in Kassel ab Jahrgangsstufe 7 als 2. Fremdsprache angeboten. Im folgen-

den Schuljahr wird das Angebot auf alle Schulen, die Interesse haben, ausgeweitet. Nach der zweijährigen Versuchsphase wird es Türkisch unter Berücksichtigung der gesammelten Erfahrungen ab dem Schuljahr 2024/2025 als reguläres Angebot als 2. oder 3. Fremdsprache geben. Türkisch ist dann den Unterrichtsangeboten in anderen Sprachen gleichgestellt.

Anerkennung und Wertschätzung

Wir GRÜNE wollen die verschiedenen Sprachpotenziale in unserer Gesellschaft angemessen fördern und nutzen. Die Berücksichtigung von in Deutschland weit verbreiteten

Herkunftssprachen im Fremdsprachenkatalog setzt zudem ein Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung für die sprachliche und kulturelle Vielfalt in unserer Gesellschaft.

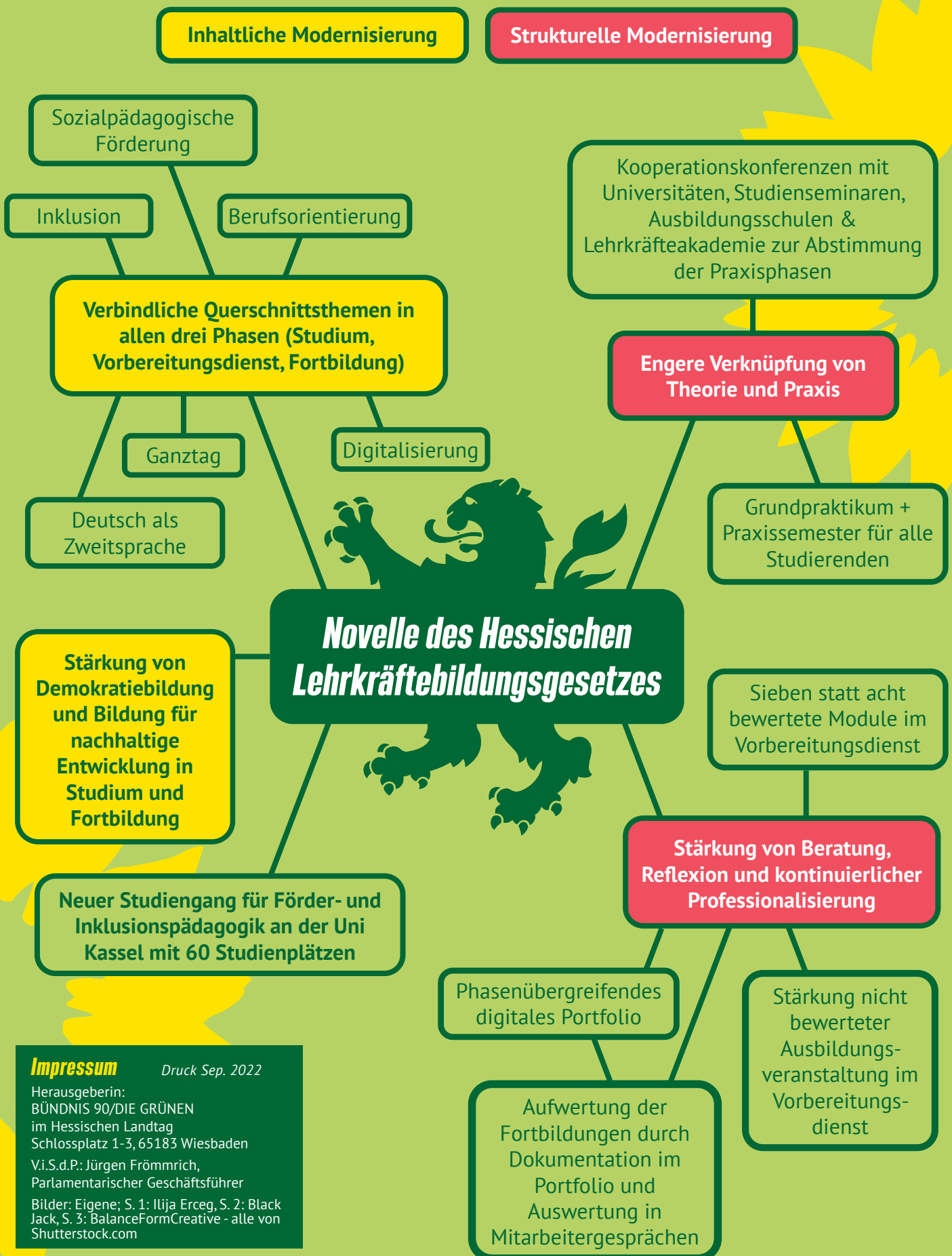
Katrin Schleenbecker



Sprecherin für berufl. Schulen, lebenslanges Lernen und Religion

0611 / 350 764

k.schleenbecker@ltg.hessen.de
www.schleenbecker.eu

**Impressum**

Druck Sep. 2022

Herausgeberin:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

Vi.S.d.P.: Jürgen Frömmrich,
Parlamentarischer Geschäftsführer

Bilder: Eigene; S. 1: Ilija Erceg, S. 2: Black Jack, S. 3: BalanceFormCreative - alle von Shutterstock.com